

Politik antwortet

Die österreichischen Parteien antworten auf die Fragen der österreichischen Gemeinden.

Der Österreichische Gemeindebund hat alle relevanten Parteien kurz vor der Nationalratswahl eingeladen, zu einigen gemeinderelevanten Fragen Stellung zu nehmen.

Frage 1: Wie bewerten Sie die Rolle der österreichischen Gemeinden im gesamtstaatlichen Gefüge bzw. in ihrem Verhältnis zu Bund und Ländern?



Österreichische Volkspartei: Den Gemeinden haben oftmals die Erstkompetenz und damit höchste Verantwortung. Durch die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern kommt Ihnen im Sinne der Subsidiarität eine zentrale Bedeutung als Dienstleister an den Einwohnern zu. Die ÖVP bekennt sich zur Verwaltungsvereinfachung und einer verstärkten Partnerschaft zwischen Bund, Land und Gemeinden.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: Die Gemeinden sind die dritte Ebene in unserer staatlichen Organisation und sie sind den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten, wo sie sich mit ihren Anliegen und Wünschen, mit ihren Fragen und Beschwerden auch hinwenden. Die Gemeinden sind daher für die Menschen enorm wichtig und dürfen nie und nimmer in Diskussion kommen auf der Suche nach Einsparung. Ganz im Gegenteil, die Gemeinden sind im Verhältnis zwischen Bund und Ländern als gleichwertige Partner nicht nur am Papier sondern auch in der Realität zu behandeln und zu bewerten.



Freiheitliche Partei Österreichs: Im Sinne eines funktionierenden Subsidiaritätsprinzips kommt den Gemeinden und ihren Vertretern die wichtigste Rolle im direkten Kontakt mit den Bürgern zu. Die gewählten Gemeindevertreter und die Mitarbeiter in den Gemeindeämtern sind erster Ansprechpartner bei einer Vielzahl von größeren und kleineren Problemen einerseits, sie sind aber auch Manager, die mit ihren Entscheidungen über das künftige Geschick ihrer Heimatgemeinde entscheiden. Auf keiner anderen politischen Ebene wird gute Arbeit so direkt belohnt, wie in der Gemeinde. Und auf keiner anderen politischen Ebene werden fehlende Leistung und fehlender Kontakt mit den Bürgern bei Wahlergebnissen so unmittelbar bestraft. Die Menschen in der Gemeinde kennen ihre gewählten Vertreter und können ihre Leistungen einschätzen. Von gewählten Mandataren in Landtagen oder im Nationalrat kann man das nicht immer behaupten, geschweige denn von unseren gewählten Vertretern im Europäischen Parlament.



Grüne: Die Gemeinden nehmen im gesamtstaatlichen Gefüge eine sehr bedeutsame Rolle ein, sind doch ihre Organe die den BürgerInnen örtlich nächst gelegenen RepräsentantInnen des Staatswesens. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die demokratischen und rechtstaatlichen Grundsätze auch auf dieser Ebene gesichert sind. Im Verhältnis zu Bund

und Ländern treten die Grünen für eine Stärkung der Gemeinden ein (Stichwort Gliedstaatsverträge und Finanzausgleich). Dies würde freilich auch eine verfassungsrechtlich vorgezeichnete demokratische Struktur ihrer Vertretungsorgane (Stichwort Städte- und Gemeindebund) nahe legen. Im Rahmen des Österreich-Konvents haben die Grünen aber auch den Vorschlag des Bundes-Rechnungshofes unterstützt, seine Zuständigkeit auf Gemeinden unter 20.000 EinwohnerInnen auszuweiten, um länderweise Vergleiche zu ermöglichen. In Ansehen der Regelungsdichte der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich (Stichwort Baurecht) und der Verfahrensdauer sollte die Vorstellung an die Landesregierung entfallen und der Unabhängige Verwaltungssenat (bzw ein Landesverwaltungsgericht) zur Entscheidung in der Sache angerufen werden können.



Bündnis Zukunft Österreich: Den österreichischen Gemeinden bzw. den gewählten Mandataren und Entscheidungsträgern (Bürgermeister, Gemeinderäte) kommt neben vielen anderen Aufgaben eine bedeutende sozial- gesellschafts- und kulturpolitische Funktion zu. Damit ist ein besonderes Maß an Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verbunden, die die unmittelbaren Adressaten von Entscheidungen der kommunalen Verwaltung bzw. der politischen Vertretungskörper auf kommunaler Ebene sind. Die Kompetenzen reichen unter anderem von Zuständigkeiten im Bereich der örtlichen Sicherheitspolizei, Straßenverwaltung über örtliche Feuerpolizei bis hin zu baubehördlichen Maßnahmen. Dazu kommt eine Reihe von Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Zuständigkeiten für das Kindergartenwesen, Volks-, Haupt- und Sonderschulen, die Wasserversorgung, bis hin zu Maßnahmen zur Unterstützung von Freizeitaktivitäten und sonstigen infrastrukturellen Investitionen im Interesse und zum Wohle der Gemeindebürgerinnen und -bürger.

Durch den im Artikel 118 B-VG Abs. 2 i.V.m. Art. 116 Abs. 2 normierten eigenen Wirkungsbereich wird den Gemeinden ein möglichst flexibles auf die gemeindespezifischen und individuellen Bedürfnisse und Interessen abstellendes Tätigwerden ermöglicht.

Damit die Gemeinden auch zukünftig ihren Anforderungen gewachsen sein können und vor allem die Mandatare und Entscheidungsträger in einem an ihre Aufgaben angepassten Rechtsrahmen tätig sein können, sind Anpassungen im Rahmen der Verfassungsreform erforderlich. Neben der rechtlichen Absicherung muss dabei das Augenmerk auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gerichtet werden. Nachdem diese Probleme tatsächlich unter den Fingernägeln brennen, ist eine weitere Verzögerung der Verfassungsreform inakzeptabel.

Frage 2: Welche Rolle, Bedeutung und Aufgaben haben die österreichischen Bürgermeister?



Österreichische Volkspartei: Unsere Bürgermeister leisten hervorragende, leider oft viel zu wenig beachtete und vor allem bedankte Arbeit. Sie fungieren nicht nur in vielen Dingen als erste Verwaltungsinstanz und treffen verantwortungsvolle Entscheidungen vor allem auch in vielen sozialpolitischen Fragen, sie sind gleichzeitig auch unmittelbarer Ansprechpartner für alle Nöte und Sorgen der Bürger. Wir bekennen uns daher auch zu starken Gemeinden mit starken Bürgermeistern und gelebte Subsidiarität.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sind die wichtigsten AnsprechpartnerInnen für ihre Gemeindemitglieder in politischer Hinsicht, in Verwaltungsfragen und darüber hinaus und

zunehmend auch in ganz privaten und menschlichen Bereichen. Sie sind GeschäftsführerInnen und EigentümervertreterInnen des Betriebes Gemeinde allerdings nicht mit rein betriebswirtschaftlicher Zielsetzung, sondern immer auch bedacht darauf, dass eine gute Lebensqualität für die Menschen ohne Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse gegeben ist. Es sind daher Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Ausübung von Gemeindefunktionen in einer ertragsorientierten Berufswelt ermöglichen. Es bedarf einer Neuordnung des Arbeits- sozialversicherungs- und Pensionsrechtes. Die Ausübung der Funktion darf, von Ausnahmen abgesehen, zu keinem Berufsverbot führen. Sonst wird es immer schwieriger, Menschen für die Mitarbeit in der Gemeinde zu gewinnen.



Freiheitliche Partei Österreichs: Die Rolle der Bürgermeister wird von so manchen Politikern „höherer Weihen“ oftmals unterschätzt. Während sich manche Mandatäre in gesetzgebenden Körperschaften bei hohen Gagen damit begnügen, bei Abstimmungen die Hand zu heben und sich dem Klubzwang zu unterwerfen, trägt der Bürgermeister direkte Verantwortung für seine Gemeinde und die Gemeindebürger. Er ist niemals „außer Dienst“. Der Bürgermeister hat zudem die Aufgabe, eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben abzuwickeln. Nicht selten ist er Gesprächspartner für Gemeindebürger, die von Sorgen abseits politischer Entscheidungsfindungen geplagt werden. Der Bürgermeister ist zudem gefordert, über Parteigrenzen hinweg die Zusammenarbeit mit den Fraktionen und den politischen Parteien zu ermöglichen. Dabei geht es weniger um ideologische Grundsätze, sondern um Sachfragen zum Wohle der Gemeinde.



Grüne: Die Grünen stehen der Tendenz zur Verlagerung der Aufgabenbesorgung vom Gemeinderat hin zu kleineren Kollegialorganen (Gemeindevorstand, Ausschüsse uä) oder dem/der BürgermeisterIn kritisch gegenüber, weil dies auch einen Ausschluss kleinerer Gemeinderatsfraktionen von der Willensbildung bedeutet und Kontrollinstrumente nicht ausreichend vorhanden sind. Im Rahmen des Österreich-Konvents haben die Grünen daher einen Aufgabenvorbehalt für den Gemeinderat vorgeschlagen sowie die Verankerung eines Mindestniveaus an Kontrollrechten in der Bundesverfassung.



Bündnis Zukunft Österreich: siehe Antwort auf Frage 7

Frage 3: Wie bewerten Sie die steigenden Anforderungen und neuen Aufgaben der Gemeinden?



Österreichische Volkspartei: Die Menschen sehnen sich nach Heimat und Geborgenheit und wollen an ihrem Wohnort bestmöglich serviert werden, daher steigen sicherlich die Anforderungen und Aufgaben für die Gemeinden. Wir können auf Bundesebene neben den finanziellen Angeboten hauptsächlich gemeinschaftlich mit den lokalen Entscheidungsträgern gemeinsame Projekte zum Vorteil aller gestalten. Erfolgreiche Modelle wie den Regionalmanager, das Gemeinde-Audit usw. wollen wir ausbauen. Durch den letzten Finanzausgleich haben vor allem kleine Gemeinden unter 2000 Einwohner profitiert, diesen Weg wollen wir weitergehen.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: In letzter Zeit hat sich eine Entwicklung breit gemacht im Denken der vorgelagerten Ebenen Bund und Länder, die Probleme, für die man keine Lösung parat hat, auf die Gemeinden abzuschieben (z. B. Nachmittagsbetreuung). Die Gemeinden sind durchaus bereit für ihre Bürgerinnen und Bürger die Aufgaben, die unmittelbar die Menschen betreffen, zu übernehmen und auf Grund der Nähe zum Bürger auch am besten lösen. Notwendig dazu sind aber ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen. Auf der Grundlage einer genauen und exakten Aufgabenanalyse d.h. klar herauszuarbeiten und zu definieren, was ist Gemeindeaufgabe und was nicht.



Freiheitliche Partei Österreichs: Immer mehr Aufgaben werden von Bund und Land an die Gemeinden delegiert. Es wird jedoch verabsäumt, den Gemeinden die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Aufgaben auch bewältigen zu können. Die Gemeinden sind für ihre Gemeindebürger in nahezu jeder Lebenslage erster Ansprechpartner. Das beginnt beim Kindergarten und setzt sich fort bis hin zur Ermöglichung eines würdigen Lebensabends. Die demographische Entwicklung trifft viele Gemeinden unmittelbar. Es gibt immer mehr Menschen, die der Pflege bedürfen. Im ländlichen Raum pendelt die Jugend aus oder siedelt ab. Ganz anders bei den „Speckgürteln“ rund um Ballungszentren. Hier gibt es immer mehr „Zweitwohnsitzer“, die ebenfalls eine neue Herausforderung für die Gemeinden darstellen.



Grüne: Alle staatlichen Ebenen sind mit einer steigenden Komplexität der Sachverhalte und der Entscheidungsstrukturen konfrontiert. Bei der Vollziehung von hoheitlichen Aufgaben zeigen sich die Grenzen der durchschnittlichen Gemeindeausstattung, die eine ohne juristische Fachkräfte ist. Konflikte, etwa zwischen IntensivtierhalterInnen und der Nachbarschaft, werden nicht bewältigt. Die Gemeinden müssen sich hier in Zusammenarbeit unabhängiges Knowhow aufbauen. Die Möglichkeit zur Bildung von Gemeindeverbänden sollten erweitert, gleichzeitig aber deren demokratische Strukturen abgesichert werden. Aufgabendelegationen an übergeordnete oder gemeinsame Organe, sollten seitens der BürgerInnen nicht als Zuständigkeitsdschungel wahrgenommen werden müssen.



Bündnis Zukunft Österreich: Siehe Antwort auf Frage 1

Frage 4: Welche Gegenmaßnahmen bzw. Möglichkeiten sehen Sie, um die Gemeinden bei der Bewältigung steigender Ausgaben (Pflege, Soziales, Kinderbetreuung) zu unterstützen?



Österreichische Volkspartei: Die Dorfgemeinschaft ist wesentlicher Teil unseres Konzepts der Bürgergesellschaft. Das soziale Miteinander ist wesentlich und gleichzeitig auch Stärke vor allem der ländlichen Gemeinden gegenüber den Städten. Das ehrenamtliche Engagement jedes Einzelnen im Dorf ist gelebte Gemeinschaft und soll nach unseren Vorstellungen gestärkt und zukünftig auch vermehrt gefördert werden. Wir unterstützen die Eigeninitiative der tüchtigen Bewohner des ländlichen Raums, ihren Lebensraum lebenswert gestalten zu wollen. Gleichzeitig stehen wir für einen Finanzausgleich,

der vor allem die kleinen Gemeinden stärkt. Durch den letzten Finanzausgleich haben durch uns vor allem die kleinen Gemeinden unter 10.000 Einwohnern profitiert.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: Eine generell verbesserte personelle und finanzielle Ausstattung. Stärkere Berücksichtigung der Aufgaben der Gemeinden bei der Finanzmittelzuteilung, etwa durch verstärkte Abgeltung überörtlicher Leistungen, die die Gemeinden als z.B. Schul-, Kultur-, Sport- oder Verwaltungsstandorte erbringen.

Berücksichtigung der Zahl der zum Teil gar nicht kommunalsteuerpflichtigen Arbeitsplätze bei der Verteilung der Gemeindeertragsanteile. Eindämmung der Dynamik der Transferzahlungen an die Länder im Sozial- und Gesundheitsbereich; **Kommunalsteuer** – Verbreiterung der Beurteilungskriterien und Anpassung an die aktuellen Volkszahlen d.h. Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Grundsteuer – Absicherung dieser Gemeindefinanzsäule durch eine allenfalls neue, verfassungskonforme Regelung mit Grundsteuer-Freibeträgen. **Getränkesteuer** – Schadloshaltung der Gemeinden hinsichtlich höchstgerichtlich angeordneter Rückzahlungen im Handel. Die Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die Gemeinden sind bei FAG-Verhandlungen ausdrücklich zu berücksichtigen. Verhinderung/Eindämmung von Kostenbelastungen durch neue bzw. novellierte EU-Regelungen.



Freiheitliche Partei Österreichs: Im Rahmen eines fairen Finanzausgleichs ist der steigende Aufwand der Gemeinden zu berücksichtigen. Außerdem ist es dringend notwendig, auch den steigenden Aufwendungen für die Errichtung von Straßen und

Kanalbauten im ländlichen Raum Rechnung zu tragen. Während nach den Wirren des zweiten Weltkrieges die erhöhte finanzielle Aufmerksamkeit für zerbombte Ballungszentren gerechtfertigt war, stellt sich heute die Situation völlig anders dar. In einer Stadt kann mit einem Kilometer Wasserleitung, Kanal oder Straße eine viel größere Zahl von Menschen erreicht werden als in einer kleinen Gemeinde. Diese Mehrkosten sind bei einer fairen Verteilung der vorhandenen finanziellen Mittel der öffentlichen Hand zu berücksichtigen.



Grüne: Die Gemeinden, auf der bürgernähesten Ebene des öffentlichen Sektors agierend, sehen sich heute in einem von Bund und Ländern bestimmten und intransparenten „Netz finanzieller Transfers“ gefangen. Dieses Transfergeflecht ist die Folge einer weitreichenden Vermischung von Aufgabenverantwortung, -trägerschaft und -finanzierung zwischen den Ebenen des öffentlichen Sektors. Die Folgen sind steigende

Transferlasten der Gemeinden – etwa durch steigende Ko-finanzierungen in der Sozialhilfe oder bei den Krankenanstalten - und eine ineffiziente, teure Aufgabenerledigung. Die Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung sowie ein aufgabenorientierter Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bilden daher zentrale Grundlagen für die kommunale Aufgabenerfüllung und tragen zu einer ausgewogenen Verteilung der Finanzierungslasten bei. Weiters wäre die Konstruktion des Finanzausgleichs stärker an mittelfristigen Zielen (aufgabenbezogene, wirtschaftspolitische) auszurichten.



Bündnis Zukunft Österreich: Gerade die aktuelle Diskussion betreffend die Finanzierung und Organisation der Pflege bringt die zunehmende Bedeutung dieses Themas klar zum Ausdruck. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Entwicklung und dem damit verbundenen zunehmenden Pflegebedarf, der zu einem Teil nicht zuletzt seitens der Gemeinden abzudecken sein

wird. Dabei wird es daher künftig darum gehen, entsprechende Unterstützungen der Gemeinden sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sei auf die Notwendigkeit einer Änderung hinsichtlich des abgestuften Bevölkerungsschlüssels (Finanzausgleich) hingewiesen, der insbesondere auf die Zielsetzung: „Jeder Bürger ist gleich viel wert“ abstellen sollte.

Man muss aber auch überlegen, welche Aufgaben von den Gemeinden bewältigt werden sollen und von welchen man sie entlasten kann.

Frage 5: Welche Strategien bieten Sie an, um den ländlichen Raum vor der drohenden Ausdünnung (Infrastruktur) zu bewahren?



Österreichische Volkspartei: Wir wollen unsere regionale Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive sowie das agrarpolitische Leistungspaket von bisher 3 Milliarden Euro weiterhin ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen vor allem von der beschlossenen Forschungsmilliarde profitieren und von den Investitionen in die Infrastruktur. So sind zum Beispiel von den 6 Milliarden Euro für die Entwicklung des hochrangigen Straßennetzes ein überwiegender Teil dem ländlichen Raum zugeflossen, damit können Unternehmen im ländlichen Raum schnell und rasch sich mit den Ballungszentren vernetzen, darüber hinaus wurden 60 Millionen Euro in den Ausbau von Breitbandinternet investiert. Wir stehen auch weiterhin für Investitionen in den ländlichen Raum.

Der Nahversorger hat seinen fixen Platz in der Dorfgemeinschaft und übernimmt zum Teil auch weitere Aufgaben. Generell ist vermehrt Kreativität und Unternehmergeist zu fördern. Gleichzeitig investieren wir Milliarden in die ländliche Entwicklung und siedeln ganz gezielt starke Institutionen im ländlichen Raum an.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: Ein Entwicklungs- und Förderungskonzept für die kleinen und mittleren Betriebe des Gewerbes, des Handels und der Gastronomie für mehr Arbeitsplätze und eine gesicherte Nahversorgung im ländlichen Raum. Dazu ist eine zeitgemäße Infrastruktur für den öffentlichen und individuellen Nahverkehr zu gewährleisten. Schulen, Kinderbetreuung, menschenwürdige Altenversorgung sind auch für die Menschen im ländlichen Raum notwendige Einrichtungen. Öffentliche Infrastruktur wie Post, Polizei, Gericht, Finanzamt und funktionierende Gemeinden sind am Land eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren des Lebens am Land.

Die Gemeinden als größter öffentlicher Investor in Österreich sollten wieder in die Lage versetzt werden, tatsächlich investieren zu können und damit die regionale Wirtschaft beschäftigen zu können. Die landwirtschaftlichen Förderungen sollen auch auf kleine bäuerliche Betriebe verteilt werden = Erhaltung der Kulturlandschaft und Arbeitsplatz direkt am Hof. Der ÖPNV ist Aufgabe der Daseinsvorsorge. Wir sind gegen eine „Verlängerung“ ohne ausreichende Finanzierung und ohne Einbindung von Städten und Gemeinden.



Freiheitliche Partei Österreichs: Wichtigste Maßnahme der Politik ist die Unterstützung von heimischen Klein- und Mittelbetrieben. Nur wenn es Arbeit vor Ort gibt, kann Abwanderung verhindert werden. Etwa drei Viertel der nationalen Wertschöpfung stammen aus dem Leistungsportfolio der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe. Im Unterschied zu anderen Ländern ist

die Wirtschaftsstruktur in Österreich durch eine verhältnismäßig große Zahl von Kleinbetrieben gekennzeichnet, die für Österreich einen unerlässlichen Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor darstellen und eine nachhaltige und politische Vertretung verdienen. Diese Betriebe sind auch für die duale Ausbildung unerlässlich. Es ist daher notwendig, Klein- und Mittelbetriebe spürbar zu entlasten. Beispielsweise durch die Übernahme der Kosten für den Lehrling während der Berufsschulzeit durch die öffentliche Hand oder durch die Streichung der Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer bei Betriebsübergaben innerhalb der Familie. Auch eine Humanisierung des Steuersystems würde diesen Betrieben helfen. Wer einen großen Humanaufwand im Unternehmen zu verzeichnen hat, der sollte künftig weniger Körperschaftssteuer bezahlen. Wer also mehr Menschen beschäftigt, der soll entlastet werden.



Grüne: Durch das ungerechte Agrarförderungssystem und den dadurch forcierten Strukturwandel werden jedes Jahr rund 4.000 bäuerliche Betriebe in den Ruin getrieben - das hat auch Auswirkungen auf die ländliche Infrastruktur. Die ÖVP-Agrarpolitik hat sich nicht für ein regional verträgliches Agrarförderungsmodell entschieden, sondern für die Einführung des Betriebsprämienmodells, das völlig unausgewogen gestaltet ist. Die Grünen werden daher dieses Betriebsprämienmodell vor dem Verfassungsgerichtshof anfechten.

Das neue Programm für die Ländliche Entwicklung 2007 bis 2013, das jährlich mit rund 1 Mrd. Euro von der EU, dem Bund und den Ländern dotiert werden soll, stellt die einmalige Chance dar, den ländlichen Raum als Lebens- und Arbeitsraum zu stärken. Die Grünen setzen sich ein für

- Klare Leitlinien für die Investitionsförderungen, damit diese in ökologischer, arbeitsmarktpolitischer und sozialer Hinsicht eine nachhaltige Wirkung zeigen; die Teilnahme soll auch für kleinere Betriebe ermöglicht und die Qualitätsproduktion und Diversifizierung gefördert werden;
- eine Gleichstellung von Frauen und Männern in der Programmgestaltung
- die Schaffung von neuen regionalen Jobs durch innovative Projekte in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft.
- Erleichterung der Direktvermarktung von regionalen Produkten
- Schaffung von Bioregionen und Vernetzung der Biolandwirtschaft mit anderen regionalen AkteuerInnen (Gastronomie, Tourismus, Gewerbe, regionalen Handelsunternehmen, dem Energiebereich etc.).



Bündnis Zukunft Österreich: Zur Aufrechterhaltung und zur Stärkung des ländlichen Raumes sind bedarfsgerechte Maßnahmen nötig; neue und innovative Lösungen, wie nachfolgend dargestellt, sind gefragt:

- Erhaltung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft mit ausreichenden finanziellen Ressourcen bei gleichzeitiger Förderung und Absicherung des Arbeitsplatzes Landwirtschaft
- Aufrechterhaltung der Lebensqualität durch Sicherung gewisser Standards bei der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen; multifunktionelle Lösungen, z.B. Kombination von Gasthaus, Kaufhaus und Post, oder „Mobile Versorger“
- Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur inklusive einem entsprechenden Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln
- Weitere Verbesserung der technischen Infrastruktur v.a. durch einen raschen Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur; Stichwort Breitbandinitiative
- Schaffung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen u.a. durch Ansiedlung von Technologiezentren und die Förderung von Telearbeitsplätzen

- Ausweitung des Bildungsangebots für alle, v.a. für Frauen und Mädchen
- Attraktivierung des ländlichen Raumes für Jugendliche v.a. hinsichtlich Ausbildung, Arbeitsplatz und Freizeitangebot
- Schaffung bedarfsgerechter Kinderbetreuungsangebote

Frage 6: In welchen Bereichen sollten Ihrer Meinung nach die Arbeits- und Handlungsschwerpunkte der österreichischen Gemeinden in den kommenden Jahren liegen?



Österreichische Volkspartei: Die ÖVP steht für gelebten Föderalismus und Subsidiarität. Wir setzen zu 100% auf unsere Kommunalpolitiker und ihren Blick für zukünftige Herausforderungen. Jedenfalls wollen wir die Gemeinden in allen Belangen stärken und bieten dazu jederzeit Kooperationen und Unterstützung auch von Bundesseite an.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: Die Arbeits- und Handlungsschwerpunkte der Gemeinden müssen immer von den Bedürfnissen der Menschen ausgehen, wobei die Menschen sehr wohl unterscheiden zwischen Bedürfnissen des täglichen Lebens und allfälligen Luxusbedürfnissen, deren Erfüllung erst sekundär wenn überhaupt Gemeindeaufgabe ist. Gemeindeverbände und Kooperationen sind ein geeignetes Instrument, effizient zusammenzuarbeiten ebenso der Ausbau von Verwaltungspartnerschaften und Kooperation zwischen Gemeinden, Städten und Bundesländern. Gemeindevertreterverbände sollen gegründet werden können. Das soll auch für „Verwaltungsgemeinschaften“ ohne Rechtspersönlichkeit gelten. Noch einmal möchte ich darauf hinweisen, dass es höchst an der Zeit wäre, die Aufgaben, die den Gemeinden zustehen zu analysieren und darauf aufbauend, die Gemeinden mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Es genügt nicht, diese Frage immer im Vorfeld der Finanzausgleichsverhandlungen anzusprechen und gleich danach sie wieder zu vergessen. Nicht zu vergessen ist die verstärkte Förderung und Forcierung des Einsatzes erneuerbarer Energie und Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen.



Freiheitliche Partei Österreichs: Zweifellos haben die Gemeinde die Aufgabe, für ihre Bürger ein Maximum an Lebensqualität zu sichern. Lebensqualität heißt, dass man in einer gesunden Umwelt, in guter Nachbarschaft und in der Nähe zu seinem Arbeitsplatz leben kann. Daran muss sich die Arbeit der Gemeinden weiterhin orientieren. Der Schaffung von Freizeitangeboten kommt ebenfalls eine immer größere Bedeutung zu. Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sieht die FPÖ in der Frage der Energieautonomie. Es muss Ziel der Gemeinden und Gemeindeverbände sein, ihre Bürger Schritt für Schritt von fossilen Energieträgern, die aufgrund des Zukaufs aus Krisenregionen immer teurer werden, unabhängig zu machen. Der Nutzung von Biomasse kommt im Rahmen von Gemeindeverbänden eine besondere Bedeutung zu. Durch die Realisierung von Bürgerbeteiligungsmodellen entsteht eine hohe Identifikation der Gemeindebürger mit den regionalen Energieversorgungseinrichtungen.



Grüne: Die Gemeinde hat vor allem die Aufgabe, die Lebens- und Wohninfrastruktur vor Ort zu sichern. Daher ist es für uns Grüne wichtig, dass soziale und gemeinwirtschaftliche Leistungen wie Kinder- und

Altenbetreuung, Müll- und Abwasserentsorgung, die Trinkwasserversorgung sowie die Kultur- und Freizeiteinrichtungen in ihrem Bestand garantiert werden müssen. In den nächsten Jahren wird eine nachhaltige Gemeindeentwicklung immer wichtiger werden. In partizipativen Prozessen soll der Bevölkerung die Gelegenheit gegeben werden, bei wichtigen Vorhaben in ihrer Gemeinde mitreden zu können. Mitbestimmung hat auch immer einen für die Gemeinde identitätsstiftenden und –fördernden Charakter.



Bündnis Zukunft Österreich: Neben den traditionellen Aufgaben der Gemeinden bzw. der zunehmenden Bedeutung des Pflegebereichs wird künftig im Sinne eines effizienten und ressourcenschonenden Mitteleinsatzes die Kooperation und Zusammenarbeit der Gemeinden von großer Bedeutung sein.

Frage 7: Welches Berufsbild bzw. welche Berufsbezeichnung in der Privatwirtschaft wäre, ihrer Meinung nach, am ehesten mit der Position eines Bürgermeisters vergleichbar?



Österreichische Volkspartei: Der Bürgermeister ist selbstverständlich Manager, gleichzeitig aber auch Ombudsmann und Interessensvertreter. Sein Anforderungsprofil geht daher über jedes klassische Berufsbild hinaus.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: Eigentlich keines, weil alle diese Berufsbilder und Berufsbezeichnungen sehr eng auf betriebswirtschaftliche Bedürfnisse abgestimmt sind. Bürgermeister – Bürgermeisterin – ist Beruf und Berufung gleichzeitig und somit auch in der Berufsbezeichnung einzigartig! Die Funktion bedarf verstärkt einer demokratiepolitischen Wertschätzung.



Freiheitliche Partei Österreichs: Der Bürgermeister ist am ehesten mit dem Vorstand einer Aktiengesellschaft vergleichbar, der einerseits den Mitarbeitern (Gemeindebediensteten) und andererseits den Kunden (Wählern) und dem Aufsichtsrat (Gemeinderat) verantwortlich ist. Seine Arbeit beeinflusst neben äußeren Faktoren auch den Aktienkurs (Lebensqualität in der Gemeinde).



Grüne: Das Berufsbild des/der BürgermeisterIn mit ähnlichen Positionen in der Privatwirtschaft zu vergleichen hängt von der Gemeindegröße ab, in der/sie tätig ist. In mittleren und größeren Gemeinden hat der/die BürgermeisterIn sicherlich ähnliche Aufgaben wie ein Vorstandsvorsitzender eines Großbetriebes. Ein/eine BürgermeisterIn in kleinen Gemeinden hat aber mehr kommunikativere Aufgaben gegenüber seiner Gemeindebevölkerung zu erfüllen. Diese könnten auch mit den Aufgaben eines Seelsorgers/einer Seelsorgerin im kirchlichen Bereich verglichen werden.



Bündnis Zukunft Österreich: Ein Vergleich mit der Privatwirtschaft ist nur bedingt möglich, zumal die Aufgaben eines Bürgermeisters zwar einerseits sehr wohl privatwirtschaftlicher Natur mit dem Erfordernis betriebswirtschaftlicher Kenntnisse sind, andererseits aber im Bereich behördlicher

Entscheidungsbefugnis liegen. Am ehesten ist er mit der Rolle des Vorstandsvorsitzenden einer Kapitalgesellschaft vergleichbar. Unbestritten ist die Symbolkraft des Bürgermeisters als „Chef“, sowohl in der Vertretung der Gemeinden nach außen als nach innen. Der Bürgermeister ist eine Respektsperson kraft Amt – und in den meisten Fällen auch kraft Persönlichkeit.

Frage 8: Was bedeutet der Begriff „Gemeinde“ ganz konkret für Ihre Partei?



Österreichische Volkspartei: Unsere Gemeinden sind der Lebensraum in seiner ureigensten Form. Wenn Österreich Nummer 1 weltweit bei der Lebensqualität ist, dann ist das vor allem auch der Verdienst der Gemeinden und ihrer politischen Verantwortungsträger. In den österreichischen Gemeinden wird auch das kulturelle Erbe unsere Landes immer wieder neu ge- und vor allem be-lebt.



Sozialdemokratische Partei Österreichs: Die Gemeinde ist die Ebene in unserer Gesellschaft, wo die Menschen Heimat erleben, wo sie wohnen, wo sie leben, arbeiten, ihre Freizeit verbringen, von wo aus sie die Welt erkunden und wo sie die Welt auch wieder verlassen. Dafür bietet die Gemeinde den Rahmen und schafft die Bedingungen für ein möglichst schönes und menschliches Leben. Die Menschen erleben in Städten und Gemeinden hautnah die Auswirkungen der Politik und daher ist der Stellenwert der Kommunalpolitik in der Sozialdemokratie sehr hoch.



Freiheitliche Partei Österreichs: Die Gemeinde ist die wesentlichste Ebene für die politische Arbeit vergleichbar mit der Familie als wichtigste Einheit für eine funktionierende Gesellschaft.



Grüne: Wie bereits bei Frage 1 näher beschrieben hat die „Gemeinde“ für die Grünen eine sehr wichtige Funktion im Staatsgefüge. Ihre RepräsentantInnen haben im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften den unmittelbarsten Kontakt zu ihren Wählerinnen und Wählern. Die Gefahr, abgehoben von der politischen Realität zu entscheiden, ist in der Gemeinde am geringsten. Leider wurden in den letzten Jahren durch die Regelungen im innerösterreichischen Stabilitätspakt die Gemeinden finanziell immer mehr ausgezehrt, ihre finanziellen Spielräume immer geringer. Für den Erhalt der Gemeindegeldverwaltung ist aber ein entsprechender finanzieller Spielraum notwendig



Bündnis Zukunft Österreich: „Gemeinde ist Heimat“